

Wählergruppe Möller

Stadtratsfraktion

54568 Gerolstein

Albertinumweg 2

Fon: 06591 985320

Fax: 06591 985321

mobilFon: 0171 9338073

eMail: fraktion@wg-moeller.de

Net: www.wg-moeller.de

Staatsanwaltschaft Trier
Irminenfreihof 10,
54290 Trier

25.06..2009

2 Anzeigen

Bezug:

- 1. Planungsauftrag an das Büro BSV aus Aachen für „verkehrsstädtebauliches Rahmenkonzept des Sanierungsgebietes und Vorentwurfsplanung für die Straßenraumgestaltung der Fußgängerzone“**
- 2. Jagdgenossenschaft Gees**

Anlagen: 15

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bitten um die Überprüfung der strafrechtlichen Relevanz des im Folgenden dargestellten Verwaltungshandelns der verantwortlichen Amtsträger.

Wir sind selbstverständlich bereit und in der Lage, zu nachgefragten Punkten detailliert zu informieren oder entsprechende Unterlagen vorzulegen. Dies gilt vor allem für den Sachverhalt 2, zu dem zunächst aus Zeitgründen nur der Text einer Publizierung in der Eifelzeitung vom März 2009 zu Grunde liegt.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Joachim Stief
Fraktionssprecher

Sachverhalt I (chronologisch):

- Auf der Sitzung des Bauausschusses des Stadtrates am 23.02.2005 erteilt der Bauausschuss in Anwesenheit Bürgermeister Paulys „...den *Planungsauftrag für das verkehrsstädtebauliches Rahmenkonzept des Sanierungsgebietes und die Vorentwurfsplanung für die Straßenraumgestaltung der Fußgängerzone an das Büro BSV Aachen zum Honorarpreis von 29.580,00 €.*“ (Anlage 6 und Anlage 7)

Zur Beschlussfolge wurden **keinerlei** Angaben gemacht, weder in der schriftlichen Vorlage noch mündlich während der Sitzung.

Auf mehrfache Nachfragen seitens der WG Möller nach der Beschlussfolge, der Legitimation und Kompetenz des Ausschusses zu dieser Beschlussfassung wurde von der Verwaltung behauptet, der „alte“ Stadtrat habe noch vor der Wahl 2004 dem Bauausschuss dazu beauftragt.

Eine solche Beauftragung hat es nach Recherchen der WG Möller zu keinem Zeitpunkt gegeben.

Weiteres Insistieren wurde verhindert durch den Antrag des Herrn Lux (SPD) zur Geschäftsordnung auf Schluss der Debatte.

- Weil die sehr kontroverse Diskussion in der Niederschrift kaum Erwähnung fand, lehnte die WG Möller die Genehmigung der Niederschrift auf der Sitzung am 13.04.05 ab.
Nach Meinung der Verwaltung (Niederschrift) solle die WGM dazu eine schriftliche Stellungnahme abgeben.
- Die vorgeschlagene schriftliche Stellungnahme erfolgte zur Sitzung des Bauausschusses am 18.05.05. (Anlage 8) An diesem Auszug der Niederschrift sollte auch deutlich werden, mit welchen Mitteln die Bürgermeister und die Verwaltung demokratische Rechte einer kleinen Fraktion einzuschränken versuchen.
- Erst auf weitere Nachfragen hin erhielt die Fraktion der WGM nach rund vier Monaten endlich die geforderten Auskünfte. (Anlage 13).
Die Auszüge aus den entsprechenden Niederschriften sind in den **Anlagen 1 bis 4** ersichtlich. Die Beschlüsse wurden unter dem Vorsitz des Stadtbürgermeisters Linnert gefasst und maßgeblicher Einflussnahme von BM Pauly.
- Zur Sitzung des Bauausschusses am 17.08.05 konfrontierte die Fraktion der WGM die Bürgermeister und die Verwaltung nochmals mit dem gesamten Vorgang und forderte eine Erklärung (Anlage 8). (Auszug)“... Die WG Möller stellt dazu fest:

- „Über die Beschlussgrundlage/Beschlussfolge wurde am 23.02.05 nicht informiert. Weitere Nachfragen wurden abgeblockt durch den Geschäftsordnungsantrag des Beigeordneten LUX (!) auf Ende der Diskussion. Bei Kenntnis der Beschlussfolge (die dem BM Pauly, dem Herrn Stadtbürgermeister/der Verwaltung (Herr Jansen) CDU und SPD natürlich bekannt war) und nach Herstellung der vorgeschriebenen Öffentlichkeit wäre nach Überzeugung der WG Möller der Auftrag nicht vergeben worden.
- Für Nachfragen stand kein Vertreter des Planungsbüros zur Verfügung.
- Die textliche Beschreibung des Angebots erhielten die Mitglieder des Ausschusses erst 5 Tage vorher.
- Der TOP hätte grundsätzlich öffentlich behandelt werden müssen.
- Die Maßnahme war nicht im Haushaltsplan aufgeführt.
- Durch diese Vorgehensweise von Stadtbürgermeister und Verwaltung sieht sich die WG Möller massiv und rechtswidrig in der Ausübung ihrer kommunalpolitischen Arbeit behindert.

Die WG Möller fordert den Stadtbürgermeister und die Mehrheitsfraktionen dazu auf,

1. zu erklären, wieso die Beschlüsse des Bauausschuss vom 17.07.03, vom 27.08.03 und vom 18.12.03 nicht umgesetzt wurden.
2. zu erklären, wieso dem in Teilen neu zusammen gesetzten Bauausschuss am 23.02.05 der grundlegende Sachverhalt und die Beschlussfolge vorenthalten wurden.
3. umgehend die Umsetzung des Beschlusses vom 18.12.03 zu veranlassen bzw. dessen Aufhebung zu beantragen.“

Eine Stellungnahme dazu wurde verweigert.

- Zum TOP 8 der Stadtratssitzung vom 08.06.2006 verlas die Fraktion der WGM eine entsprechende Erklärung und gab sie zu Protokoll. (Anlage 5)

Vor dem Hintergrund dieses Sachverhaltes beantragt die Fraktion WG Möller die Überprüfung in folgenden Punkten:

1. Auf der Sitzung des Bauausschusses des Stadtrates am 23.02.2005 haben beide Bürgermeister, die Beigeordneten und die Verwaltung die Mitglieder des Ausschusses bewusst falsch informiert.
Die tatsächliche Beschlusslage wurde verschwiegen, um einen erneuten Beschluss zu erreichen (zu erschleichen). Bei Kenntnis der Beschlussfolge (die dem BM Pauly, dem Herrn Stadtbürgermeister/der Verwaltung (Herr Jansen) CDU und SPD natürlich bekannt war) und nach Herstellung der vorgeschriebenen Herstellung von Öffentlichkeit wäre nach Überzeugung der WG Möller der Auftrag nicht vergeben worden.
Die Fraktion der WGM bittet um Prüfung der sich aus diesem Sachverhalt ergebenden Konsequenzen.
2. Die Beschlüsse aus dem Jahr 2003 sind weder aufgehoben noch ausgesetzt worden. Laut Beschluss (Anlage 6) hat das Büro BSV (im Frühjahr vor der Kommunalwahl) aber „... auch bereits an einer Arbeitsgruppensitzung mit allen beteiligten (Stadt, Gewerbetreibende) teilgenommen.“ Also sind die Beschlüsse zumindest ansatzweise umgesetzt worden.
Wie erfolgte dann die Abrechnung mit dem Büro BSV und auf welcher Geschäftsgrundlage?
3. Der Fraktion WGM liegen Informationen vor, wonach die Verwaltung/Stadtbürgermeister Linnerth schriftl. von der CDU Fraktion im Herbst 2003 aufgefordert worden ist, die Beschlüsse zum Büro BSV nicht umzusetzen. Die WGM Fraktion beantragt zu prüfen, ob auf diese Weise die CDU Fraktion unter Umgehung der allein zuständigen Gremien der Stadt Beschlüsse einfach aufheben oder umschreiben kann.
4. Stadtbürgermeisterkandidat Karl-Heinz Schwartz verkündete auf einer öffentlichen Versammlung der CDU wenige Wochen vor der Kommunalwahl als optimale Lösung für die Probleme der Fußgängerzone:
Die CDU wird im Stadtrat beschließen, die Fußgängerzone im Bereich der Hauptstraße aufzuheben und für den Kraftfahrzeugverkehr in beide Richtungen freizugeben. Notwendigerweise werden dann am Rondell die Kraftfahrzeuge um den Brunnen herum im Kreisverkehr geführt.
Diese Absichtserklärung wurde von der CDU bei der Vorstellung der BM Kandidaten geleugnet, von TV Redakteur Hübner aber bestätigte Wie sind in diesem Zusammenhang die Aussagen und der Beschluss aus der Niederschrift vom 27.08.03 (Anlage 3) zu verstehen:

„Nach Auffassung der CDU-Fraktion sollte bereits im Vorfeld geklärt werden, in welcher Höhe Mittel durch die Stadt bereitgestellt werden und was das Büro im Gegenzug für diesen Betrag leistet. U.U. sollte die Stadt Ideen vorlegen, die durch das Büro geprüft werden. Es wird ein Betrag von 10.000,00 € vorgeschlagen. „ und weiter

„Bürgermeister Pauly bittet die Grundsatzentscheidung auf der Basis der Moderation durch die politischen Gremien noch in diesem Jahr herbeizuführen.“

Die Fraktion der WGM ist davon überzeugt, dass es hier einen Zusammenhang gibt und seitens des Bürgermeisterkandidaten Schwartz, des Bürgermeisters Pauly und der Mehrheitsfraktion im parteilichen Interesse so kurz vor der Wahl alles getan wurde, die Beschlusslage zu verheimlichen, um im Wahlkampf nicht für ihre Politik gerade stehen zu müssen.

Die Fraktion der WGM bittet um Überprüfung der Verwendung der 10.000 € und der Einflussnahme von BM Pauly.

5. Bis heute wird im Zusammenhang mit dem Projekt BSV Etikettenschwindel betrieben. Ursprünglich war z. B. von einer *„Arbeitsgruppe Verkehrskonzept“* (Anlage 4) die Rede. *„Die besondere Kompetenz des Büros liegt in Fragen der Verkehrskonzeption.“* Noch der TOP 8 der Stadtratssitzung vom 08.06.2006 ist überschrieben mit *„Vorstellung Konzept Verkehrsplanung Innenstadt“*. In Wirklichkeit handelt es sich ausschließlich, wie in der Auftragsvergabe definiert, um die Erstellung eines *„verkehrsstädtbauliches Rahmenkonzept des Sanierungsgebietes und Vorentwurfsplanung für die Straßenraumgestaltung der Fußgängerzone“*
Es ist absehbar, dass die Planung fast ausschließlich raumgestalterische Aspekte bearbeitet. Zu dringenden Problemen der Verkehrsplanung und der Verkehrsführung (Mühlenstraße, Haus Dehren, B 410/Umgehung, Radwegeführung) werden entweder keine oder unbrauchbare Aussagen gemacht. Die Fraktion der WGM bittet um Überprüfung, in wieweit hier der Einsatz von Mitteln aus der Stadtsanierung gerechtfertigt und im Rahmen der Haushaltssatzung auch entsprechend ausgewiesen war.
6. Das Planungschaos wird besonders deutlich durch die Aussage in der Beschlussvorlage (Anlage 13) der Ratssitzung vom 08.06.06 *„In der Sitzung des Bauausschusses am 07.02.2006 wurde die Verwaltung gebeten zu prüfen, ob die Verkehrsuntersuchung im Auftrag des BSV Aachen enthalten ist. Die Verkehrsuntersuchung wurde bisher nicht beauftragt“*.

Mit Datum vom 10.07.2006 wandte sich die WGM wegen gleichen Sachverhalts an die Kommunalaufsicht (obigen Punkte 1-6) mit einer „Sachliche Dienstaufsichtsbeschwerde über Herrn Stadtbürgermeister Karl-Heinz Schwartz, Gerolstein Herrn Bürgermeister Matthias Pauly, Gerolstein“.
Der Bescheid erfolgte am 30.10.2006 (Anlage 14)

Der Bescheid bezieht sich auf die vorgenannten Punkte 1-5

a. **Zu Punkt 1**

Im Bescheid wird zwar die Rechtswidrigkeit der Vorgehensweise festgestellt, die Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung betreffend. *„Dass die tatsächliche Beschlusslage bewusst verschwiegen worden ist, um einen erneuten Beschluss zu erreichen bzw. zu erschleichen, wird aus dem vorliegenden Sachverhalt jedoch nicht ersichtlich.“* Diese Aussage ist für die Fraktion WG Möller nicht nachvollziehbar.

Für sie steht zweifelsfrei fest, dass ihrem Ausschussmitglied auf der fraglichen Sitzung des Bauausschusses am 23.02.2005 und in den Folgesitzungen bewusst die Unwahrheit gesagt wurde, um die beabsichtigte Beschlussfassung zu erreichen. Dieser oft wiederholten

Feststellung der Fraktion WG Möller (vgl. Anlage 8) ist von der Verwaltung auch nie widersprochen worden.

b. **Zu Punkt 2 und Punkt 3**

Auch hier wird zwar die rechtswidrige Amtsführung der handelnden Personen mehrfach festgestellt, aber nicht die direkte und maßgebliche Einflussnahme der Mehrheitspartei. Was hinter den Kulissen aber wirklich ablief, wird deutlich durch die Verlautbarung der CDU auf der Internetseite der CDU-Gerolsteiner Land vor der Kommunalwahl 2004, in der die damals aktuelle Beschlusslage verschwiegen wird und eindeutig die CDU sich als Initiator des Nichthandelns outet. (Anlage 15)

c. **Zu Punkt 4 und 5**

Die Fraktion WG Möller ist davon überzeugt, dass schon vor der Kommunalwahl 2004 Dienstleistungen von dem Büro BSV Aachen erbracht (Mitarbeit im Arbeitskreis, Karten- und Planmaterial) und bezahlt wurden, und dass das Büro nach der Wahl auf Auftrags- und Vertragserfüllung bestanden hat. Nur so lässt sich die Vorgehensweise der verantwortlichen Politiker und Verwaltungsbeamten erklären.

Insgesamt hatte die Ausgabe der ca. 30.000 Euro nur den einzigen Zweck, das ganze im Vorfeld stattgefundene rechtswidrige Verfahren zu kaschieren und die undemokratische Vorgehensweise vor den neuen Mandatsträgern und der Bevölkerung zu vertuschen.

Dieser Zusammenhang wird auch dadurch dokumentiert, dass der Beschluss des Stadtrates vom **08.06.2006, eine Temporäre Fußgängerzone einzurichten, nicht ansatzweise umgesetzt wurde. Nach einer Schamfrist des Nichtstuns von 3-4 Monaten wurde mit äußerst fragwürdigen Methoden** auf die Öffnung der Fußgängerzone zu einer Verkehrsberuhigten Zone hingearbeitet, die dann auch schon im Juni 2007 faktisch durch die CDU beschlossen wurde.

Im Anschluss daran wurden wiederum Beschlüsse nicht umgesetzt usw. usw....

Für die Fraktion WG Möller geht es nicht nur um die stattgefundene massive finanzielle Schädigung der Stadt Gerolstein, sondern auch um die offensichtliche Missachtung der elementarsten demokratischen Spielregeln und der Vorgaben der Gemeindeordnung. Da muss man sich über totales Desinteresse der Bevölkerung und eine Wahlbeteiligung von unter 50 % bei der Kommunalwahl nicht wundern.

Sachverhalt II

Wie eine rechtlich nicht existente, illegale Jagdgenossenschaft mit städtischem Geld städtischen Wald kaufte

Im Herbst 2005 stellte die Wählergruppe Möller nach mehreren Hinweisen aus verschiedenen Verwaltungen die Legalität der Jagdgenossenschaft Gees in Frage.

Erst nach einem halben Jahr des Leugnens und des sich dumm Stellens wurde durch die Verantwortlichen der VG – Verwaltung eingeräumt, dass die Jagdgenossenschaft Gees nicht den Aussagen des Bundesjagdgesetzes entspreche und daher seit 1985 illegal sei. Wer nun gedacht hatte, jetzt würde nach den klar formulierten Vorgaben des Gesetzes dem Recht Geltung verschafft, sah sich sehr bald eines Besseren belehrt. Verwaltung, Stadtbürgermeister und CDU setzten alles daran, die Jagdgenossenschaft Gees „zu heilen“, koste es was es wolle. Dabei stand nicht das „Heil“ der Stadt Gerolstein im Vordergrund, sondern das Interesse der Partei - Klientel eines Stadtteiles.

Die auch von der SPD gedeckte Trickserie wurde in der Folge so unerträglich, dass sich die WGM am 22.08.2006 gezwungen sah, bei der Kommunalaufsicht der Kreisverwaltung Daun eine Sachliche Dienstaufsichtsbeschwerde über Herrn Stadtbürgermeister Karl-Heinz Schwartz, Herrn Bürgermeister Matthias Pauly und Herrn Edgar Weis einzureichen.

In der Beschwerde wurden die folgenden Sachverhalte eingehend dargestellt:

1. Desinformation der Öffentlichkeit und städtischer Gremien

2. Verschleierung und Vorenthaltung von Informationen im Zusammenhang mit der illegalen Jagdgenossenschaft Gees
3. Weigerung der Klärung der im Zusammenhang mit der illegalen Jagdgenossenschaft erhobenen Vorwürfe
4. Manipulation und Fälschung von Niederschriften
5. Jahrzehntelange Duldung der illegalen Jagdgenossenschaft zu Lasten demokratischer Kontrolle in der kommunalen Selbstverwaltung
6. Jahrzehntelange Duldung der illegalen Jagdgenossenschaft auf Kosten der städtischen Finanzen

Im Bescheid der Kommunalaufsicht vom 20.12.2006 wurde durch Landrat Onnertz grundsätzlich festgestellt, dass die „...Jagdgenossenschaft Gees rechtlich nicht existent“ ist. Als angedachte Lösung wurde für vertretbar gehalten, dass von der Stadt Gerolstein ein entsprechendes Waldstück an eine Privatperson verkauft wird, die es dann einbringt in den gemeinschaftlichen Jagdbezirk der bis dato illegalen Jagdgenossenschaft Gees. Dazu wurde im Bescheid noch eindeutig angemerkt, „dass ein Verkauf an die Jagdgenossenschaft Gees rechtlich nicht möglich sein dürfte, da diese rechtlich nicht existent ist.“

Von der Kommunalaufsicht wurde ferner deutlich gemacht, dass „... dieser Lösungsansatz bis zum 31.03.2007 umzusetzen sei. Ansonsten „bliebe keine andere Möglichkeit“ als die der Angliederungsgenossenschaft.

Keine dieser grundsätzlichen Vorgaben wurde im weiteren Verfahren befolgt und der lt. VG - Verwaltung der Stadt zustehende Anteil von ca. 30.000 Euro aus dem Kassenbestand der illegalen Jagdgenossenschaft wurde nicht dem Haushalt der Stadt zugeführt.

Die in der Beschwerde aufgeführten massiven Vorwürfe der Verschleierung und der Desinformation, der Manipulation und Fälschung von Niederschriften sowie die Jahrzehntelange Duldung der illegalen Jagdgenossenschaft auf Kosten der städtischen Finanzen konnte oder wollte die Kommunalaufsicht nicht bescheiden mit der Begründung: „Die Verbandsgemeindeverwaltung hat aber trotz mehrfacher Versprechungen bis zum heutigen Tage die angeforderte Stellungnahme an uns nicht übersandt, so dass die Beantwortung Ihrer Eingabe ohne die Stellungnahme der Verbandsgemeindeverwaltung erfolgt.“

Die BUV geht also davon aus, dass die in der Beschwerde gemachten Vorwürfe den Tatsachen entsprechen und die Kommunalaufsicht es nicht als ihre Aufgabe ansieht, schlimme Auswüchse willkürlichen Verwaltungshandelns zu unterbinden und demokratische Verfahren der Kommunalen Selbstverwaltung zu stärken.

Und so endet die Geschichte:

Nach fast zwei Jahren wurde die Heilung auf wundersame Weise herbeigeführt. Zur Sitzung des FoWeU-Ausschusses vom 29.10.2007 war eine „Darstellung des Sachverhaltes mit rechtlicher Würdigung durch die Kreisverwaltung Vulkaneifel“ angekündigt worden. Als Tischvorlage wurden auf der Sitzung zwei Schreiben vorgelegt, ein Aktenvermerk der Kreisverwaltung vom 18.10.2007 und das Schreiben eines Rechtsanwaltes an die Verbandsgemeindeverwaltung Gerolstein vom 22.10.2007. Aus beiden Schreiben ging hervor, dass eine rechtlich nicht existente, illegale Jagdgenossenschaft mit Geld, das ihr nicht gehört (30.946,26 € Städtischer Anteil) städtischen Wald im Wert von fast 50.000 Euro erwerben kann. Eine Beratung über die weitere Vorgehensweise und eine Beschlussfassung erfolgten nicht.

Und so geschah es, dass eine rechtlich nicht existente, illegale Jagdgenossenschaft mit städtischem Geld städtischen Wald kaufte.

Detaillierte Informationen unter:

http://www.buv-regionalgruppe-gerolstein.de/Stadtentwicklung/Umwelt/Forst_und_Jagd/Dienstaufsichtsbeschwerde/dienstaufsichtsbeschwerde.html

Hans-Joachim Stief
für die Fraktion WG Möller

NIEDERSCHRIFT 18.12.2003

Anwesend sind unter Vorsitz von: Gerolstein, 18.12.2003

Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung
2. Einwohnerfragen
3. Vergabe Einrichtungsgegenstände Stadthalle Rondell
4. Sidinger Drees, Planungsauftrag
5. Ausschreibung Abriss Gaststätte Pauls
6. Arbeitsgruppe Verkehrskonzept

6. Arbeitsgruppe Verkehrskonzept

Zur Projektbegleitung soll eine Arbeitsgruppe gebildet werden aus Vertretern des Rates (Bauausschuss), der Verwaltung, des Einzelhandels und des Tourismus. Das erste Treffen

ist für den 19.01.2004, 16.00 Uhr geplant. In die Arbeitsgruppe werden berufen:

- als Vertreter der Stadt: der Stadtbürgermeister und 3 Mitglieder des Bauausschusses. -
 - von der Verwaltung je ein Vertreter der Fachbereiche 2 und 3 sowie der TW. Fachbereich 2 ist federführend. - 3 Vertreter der Bereiche Handel, Gewerbe, Tourismus - Städteplaner
- Aus dem Bauausschuss werden die Mitglieder Socha, Schwartz und Lames benannt. Die Mitgliedschaft in der Arbeitsgruppe ist an die Mitgliedschaft im Bauausschuss gebunden. Nach der Kommunalwahl 2004 erfolgt eine neue Benennung. Die Vertreter aus Handel, Gewerbe und Tourismus werden noch von der TW benannt bzw. gemeldet.

Beschlussfassung: einstimmig

**NIEDERSCHRIFT (Auszug)
über die Sitzung des Bauausschusses des Stadtrates am
17.07.2003**

Anwesend sind unter Vorsitz von: Gerolstein, 17.07.2003
Stadtbürgermeister Georg Linnerth

Der Beigeordnete:
Schwartz, Karl-Heinz

Von der Verbandsgemeindeverwaltung:

Bürgermeister Pauly, Matthias bis TOP 8
Jansen, Klaus Fachbereichsleiter
Wirp, Hermann-Josef bis TOP 4
Thul, Ursula bis TOP 6
Germund, Josef ab TOP 6
Forster, Stefan Schriftführer

B. TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung
2. Vorstellung Büro BSV, Büro für Verkehrs- und Stadtplanung, Aachen als Planungsbüro für ein verkehrliches Rahmenkonzept und eine Studie zur Straßenumbauplanung für die Bahnhofs- und Hauptstraße

Öffentliche Sitzung

2. Vorstellung Büro BSV, Büro für Verkehrs- und Stadtplanung, Aachen als Planungsbüro für ein verkehrliches Rahmenkonzept und eine Studie zur Straßenumbauplanung für die Bahnhofs- und Hauptstraße

In der Sitzung des BA vom 23.06.2003 wurde das für Gerolstein mögliche Arbeitsfeld erörtert und beschlossen, das Büro BSV zur Vorstellung einzuladen. Herr Springsfeld vom Büro BSV schildert dazu in einer äußerst umfangreichen Darstellung, wie das Unternehmen aufgebaut ist.

Zusätzlich erläutert er in einer Computersimulation, welche Projekte vom Büro BSV bereits geplant und geleitet wurden.

Stadtbürgermeister Linnerth dankt Herrn Springsfeld für seine Ausführungen und teilt mit, dass über die Auftragsvergabe im nichtöffentlichen Teil debattiert wird. Herr FBL Jansen wird sich danach mit dem Büro BSV in Verbindung setzen.

nicht öffentlich

zu 2..

Vorstellung Büro BSV, Büro für Verkehrs- und Stadtplanung, Aachen als Planungsbüro für ein verkehrliches Rahmenkonzept und eine Studie zur Straßenumbauplanung für die Bahnhofs- und Hauptstraße Herr FBL Jansen teilt mit, dass sich die Kosten für die Erstellung des Rahmenkonzepts und der Studie auf 38.000 € zzgl. MwSt. belaufen. Die Finanzierung der Kosten erfolgt über den HHTitel „Stadtsanierung“.

Stadtbürgermeister Linnerth schlägt vor, das Büro BSV mit der Erstellung eines Rahmenkonzepts und einer Studie zur Straßenumbauplanung für die Bahnhofs- und Hauptstraße zu beauftragen.

Diesem Vorschlag wird vom Bauausschuss einstimmig zugestimmt.

NIEDERSCHRIFT(Auszug)

**über die Sitzung des Bauausschusses des Stadtrates am
23.06.2003**

Anwesend sind unter Vorsitz von: Gerolstein, 23.06.2003

Stadtbürgermeister Georg Linnerth Tagungsort:

Die Ausschussmitglieder:

Wülferath, Peter

Weber, Oswald

Müller, Albert

Socha, Günter

Neumann, Monika

Ringer, Klemens ab TOP 5

Weber, Raimund

Lames, Herbert bis einschl. TOP 7.1

Von der Verbandsgemeindeverwaltung:

Bürgermeister Pauly, Matthias bis einschl. TOP 9

Jansen, Klaus Fachbereichsleiter

Brück, Harald Schriftführer

TOP 8.

**Verkehrliches Rahmenkonzept und Studie zur Straßenumbauplanung für
Bahnhofs- und Hauptstraße**

In die Überlegung, mit der Sanierungsplanung ein neues Büro zu beauftragen, wurde auch die Frage einbezogen, für den Teilbereich Verkehr ein Spezialbüro zu beauftragen. Nach einem verwaltungsinternen Gespräch hat das Büro BSV aus Aachen ein Angebot für eine mögliche Zusammenarbeit unterbreitet. Das Angebot liegt den Ausschussmitgliedern vor.

Vom Ausschuss wird die Qualität der Sitzungsvorlage hinsichtlich der Verkleinerung des Angebotes des Büros BSV bemängelt. Das Angebot ist aufgrund der Verkleinerung kaum noch lesbar.

Es wird darum gebeten, künftig keine Verkleinerungen mehr vorzunehmen.

Finanzierung:

Kosten entstehen erst nach Beauftragung. Die Planungskosten können im Sanierungsetat finanziert werden.

Beschlussvorschlag:

Der Bauausschuss beschließt einstimmig, das Büro BSV zur Vorstellung in die kommende Sitzung einzuladen.

NIEDERSCHRIFT 27.08.2003 (Auszug)

B. TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

TOP 5. Zusammenarbeit mit dem Planungsbüro BSV

-Auftragsvergabe

6. Verschiedenes

5. Zusammenarbeit mit dem Planungsbüro BSV

-Auftragsvergabe

Stadtbürgermeister Linnerth erläutert den bisherigen Sachstand und schlägt vor, das Büro nochmals einzuladen, um die Zielvorstellungen der Stadt zu erläutern. Das Büro soll sodann anhand der Zielvorstellungen die Kosten für Beratung und Sitzungsteilnahme mitteilen.

Nach Auffassung der CDU-Fraktion sollte bereits im Vorfeld geklärt werden, in welcher Höhe Mittel durch die Stadt bereitgestellt werden und was das Büro im Gegenzug für diesen Betrag leistet. U.U. sollte die Stadt Ideen vorlegen, die durch das Büro geprüft werden. Es wird ein Betrag von 10.000,00 € vorgeschlagen.

Bürgermeister Pauly bittet die Grundsatzentscheidung auf der Basis der Moderation durch die politischen Gremien noch in diesem Jahr herbeizuführen.

Die Beschlussfassung erfolgt einstimmig ergänzend und konkretisierend zur letzten Sitzung.

**Erklärung der WG Möller zum
TOP 8 der Stadtratssitzung
vom 08.06.2006**

Vorstellung Konzept Verkehrsplanung Innenstadt

Ohne jede öffentliche Diskussion wurde im nicht öffentlichen Teil der Bauausschusssitzung vom 23.02.2005 der Planungsauftrag für ein „verkehrsstädttebauliches Rahmenkonzept des Sanierungsgebietes und Vorentwurfsplanung für die Straßenraumgestaltung der Fußgängerzone“ an das Planungsbüro BSV vergeben. Kosten: **29.580.00 €**

Informationen zur Beschlussfolge lagen nicht vor.

Auf mehrmaliges Nachfragen der WG Möller nach der Befugnis des Ausschusses nach solch einer Schnellschussberatung in der gleichen Sitzung schon den Planungsauftrag zu vergeben, wurde im Beisein von Bürgermeister Pauly behauptet, der alte Stadtrat habe den Bauausschuss beauftragt.

Von Stadt- und Verbandsbürgermeister wurde verschwiegen, dass der Planungsauftrag an das Planungsbüro BSV schon auf der Bauausschusssitzung im Juli 2003 beschlossen und auf einer Sitzung im August 03 bestätigt wurde. Die Einrichtung eines begleitenden Arbeitskreises wurde dann im Dezember 03 beschlossen.

Die WG Möller stellt dazu fest (Auszug aus der Tischvorlage der WG Möller auf der Sitzung des Bauausschusses vom 17.08.2005)

- Über die Beschlussgrundlage/Beschlussfolge wurde am 23.02.05 nicht nur nicht informiert, sondern sie wurde bewusst vorenthalten.
- Weiteres Nachfragen wurde abgeblockt durch den Geschäftsordnungsantrag des Beigeordneten LUX (!) auf Ende der Diskussion. Bei Kenntnis der Beschlussfolge (die den Bürgermeistern/der Verwaltung/CDU und SPD natürlich bekannt war) wäre nach Überzeugung der WG Möller der Auftrag nicht vergeben worden.
- Für Nachfragen stand kein Vertreter des Planungsbüros zur Verfügung.
- Die textliche Beschreibung des Angebots erhielten die Mitglieder des Ausschusses erst 5 Tage vorher.
- Der TOP hätte grundsätzlich öffentlich behandelt werden müssen.
- Die Maßnahme war nicht im Haushaltsplan aufgeführt.
- Durch diese Vorgehensweise von Stadtbürgermeister und Verwaltung sieht sich die WG Möller massiv und rechtswidrig in der Ausübung ihrer kommunalpolitischen Arbeit behindert.

Die WG Möller fordert den Stadtbürgermeister und die Mehrheitsfraktionen dazu auf,

- 4. zu erklären, wieso die Beschlüsse des Bauausschuss vom 17.07.03, vom 27.08.03 und vom 18.12.03 nicht umgesetzt wurden.**
- 5. zu erklären, wieso dem in Teilen neu zusammen gesetzten Bauausschuss am 23.02.05 der grundlegende Sachverhalt und die Beschlussfolge vorenthalten wurden.**
- 6. umgehend die Umsetzung des Beschlusses vom 18.12.03 zu veranlassen bzw. dessen Aufhebung zu beantragen.**

Weder vom Stadtbürgermeister noch aus den Fraktionen erfolgte irgendeine Reaktion.

Bauausschuss des Stadtrates 23.02.2005

2005/0071

nichtöffentlich

Abteilung: Fachbereich 2

Aktenzeichen:

Beschlussfolge Sitzungstermin**TOP 8****Betreff: Planungsauftrag für verkehrsstädtebauliches Rahmenkonzept des Sanierungsgebietes und Vorentwurfsplanung für die Straßenraumgestaltung der Fußgängerzone****Sachverhalt:**

Im Haushalt der Stadt (Stadtsanierung) sind anteilige Planungsmittel für die Fußgängerzone vorgesehen. Die Verwaltung ist seit einiger Zeit im Gespräch mit dem Büro für Stadt- und Verkehrsplanung in Aachen. Das Büro hat auch bereits an einer Arbeitsgruppensitzung mit allen beteiligten (Stadt, Gewerbetreibende) teilgenommen. Die besondere Kompetenz des Büros liegt in Fragen der Verkehrskonzeption. Das Büro hat die Leistungen bis zum Vorentwurf zu einem Preis mit 35.000,00 € angeboten.

Finanzierung:

Im Haushalt sind ausreichende Planungsmittel bei der Städtebauförderung vorhanden.

Beschlussvorschlag:

Der Bauausschuss erteilt den Planungsauftrag für das verkehrsstädtebauliche Rahmenkonzept des Sanierungsgebietes und die Vorentwurfsplanung für die Straßenraumgestaltung der Fußgängerzone an das Büro BSV Aachen zum Honorarpreis von 35.000,00 €.

Jansen, Klaus

Beschluss**TOP 8. Planungsauftrag für verkehrsstädtebauliches Rahmenkonzept des Sanierungsgebietes und Vorentwurfsplanung für die Straßenraumgestaltung der Fußgängerzone**

Im Haushalt der Stadt (Stadtsanierung) sind anteilige Planungsmittel für die Fußgängerzone vorgesehen. Die Verwaltung ist seit einiger Zeit im Gespräch mit dem Büro für Stadt- und Verkehrsplanung in Aachen. Das Büro hat auch bereits an einer Arbeitsgruppensitzung mit allen beteiligten (Stadt, Gewerbetreibende) teilgenommen. Die besondere Kompetenz des Büros liegt in Fragen der Verkehrskonzeption. Das Büro hat die Leistungen bis zum Vorentwurf zu einem Preis von 29.580,00 € angeboten. Nach eingehender Diskussion stellt Ausschussmitglied Hermann Lux den Antrag auf Abstimmung.

Der Antrag wird mit 8 JA-Stimmen, 1 Nein-Stimme sowie 2 Enthaltungen angenommen.

Finanzierung:

Im Haushalt sind ausreichende Planungsmittel bei der Städtebauförderung vorhanden.

Beschluss:

Der Bauausschuss erteilt den Planungsauftrag für das verkehrsstädtebauliche Rahmenkonzept des Sanierungsgebietes und die Vorentwurfsplanung für die Straßenraumgestaltung der Fußgängerzone an das Büro BSV Aachen zum Honorarpreis von 29.580,00 €.

Beschlussfassung:

8 JA-Stimmen

2 NEIN-Stimmen

1 Enthaltung

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Bauausschusses des Stadtrates am 23.02.2005

Anwesend sind unter Vorsitz von: Gerolstein, 23.02.2005

Stadtbürgermeister Karl-Heinz Schwartz Tagungsort:

Sitzungssaal des Rathauses Gerolstein

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 19:30 Uhr

Die Ausschussmitglieder:

Lux, Hermann vertritt Lames, Herbert

Neumann, Monika

Socha, Günter

Hoffmann, Ralf

Müller, Albert

Faber, Herbert vertritt Wolber, Stefan

Chaineux, Willi

Leuwer, Peter

Stief, Hans-Joachim ab TOP 4

Reuter, Winfried

Vertreten:

Lames, Herbert wurde vertreten durch Lux, Hermann

Wolber, Stefan wurde vertreten durch Faber, Herbert

Ratsmitglied:

Martinetz, Sabine

Von der Verbandsgemeindeverwaltung:

Bürgermeister Pauly, Matthias ab TOP 7

Jansen, Klaus

Germund, Josef

Brück, Harald Schriftführer

Stadtbürgermeister Karl-Heinz Schwartz begrüßt die Anwesenden. Er stellt die ordnungsgemäße

Einladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

**8. Planungsauftrag für verkehrsstädtebauliches Rahmenkonzept des
Sanierungsgebietes**

und Vorentwurfsplanung für die Straßenraumgestaltung der Fußgängerzone

Im Haushalt der Stadt (Stadtsanierung) sind anteilige Planungsmittel für die

Fußgängerzone vorgesehen. Die Verwaltung ist seit einiger Zeit im Gespräch mit dem

Büro für Stadt- und Verkehrsplanung in Aachen. Das Büro hat auch bereits an einer

Arbeitsgruppensitzung mit allen

beteiligten (Stadt, Gewerbetreibende) teilgenommen. Die besondere Kompetenz des

Büros liegt in Fragen der Verkehrskonzeption. Das Büro hat die Leistungen bis zum

Vorentwurf zu einem Preis von 29.580,00 € angeboten. Nach eingehender Diskussion

stellt Ausschussmitglied Hermann Lux den Antrag auf Abstimmung.

Der Antrag wird mit 8 JA-Stimmen, 1 Nein-Stimme sowie 2 Enthaltungen angenommen.

Finanzierung:

Im Haushalt sind ausreichende Planungsmittel bei der Städtebauförderung vorhanden.

Beschluss:

Der Bauausschuss erteilt den Planungsauftrag für das verkehrsstädtebauliche

Rahmenkonzept des Sanierungsgebietes und die Vorentwurfsplanung für die

Straßenraumgestaltung der Fußgängerzone an das Büro BSV Aachen zum Honorarpreis

von 29.580,00 €.

Beschlussfassung:

8 JA-Stimmen

2 NEIN-Stimmen
1 Enthaltung

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Bauausschusses des Stadtrates am 13.04.2005

Anwesend sind unter Vorsitz von: Gerolstein, 13.04.2005

Stadtbürgermeister Karl-Heinz Schwartz Tagungsort:

Sitzungssaal des Rathauses Gerolstein

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 21:30 Uhr

Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung

Ausschussmitglied Stief bemängelt, dass die von ihm zu TOP 8 vorgetragenen rechtlichen Bedenken nicht ausführlich in der Niederschrift erwähnt wurden. Herr Jansen schlägt vor, dass die WG Möller ihre diesbezüglichen Anregungen schriftlich einreicht. Hierüber soll dann

in der nächsten Sitzung ein separater Beschluss gefasst werden. Der Ausschuss erklärt sich

hiermit einverstanden. Anschließend wird die Niederschrift zur Abstimmung gestellt:

Beschlussfassung: 1 Nein-Stimme, ansonsten einstimmig.

NIEDERSCHRIFT**über die Sitzung des Bauausschusses des Stadtrates am 18.05.2005****Anwesend sind unter Vorsitz von:** Gerolstein, 18.05.2005

Stadtbürgermeister Karl-Heinz Schwartz Tagungslokal:

Sitzungssaal des Rathauses Gerolstein

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 19:45 Uhr

Die Ausschussmitglieder:

Hoffmann, Ralf Müller, Albert Socha, Günter Neumann, Monika Faber, Herbert

vertritt Wolber, Stefan Leuwer, Peter

Lux, Hermann vertritt Lames, Herbert bis TOP 3

Lames, Herbert ab TOP 3 Stief, Hans-Joachim Reuter, Winfried

Entschuldigt:

Chaineux, Willi

Wolber, Stefan wurde vertreten durch Faber, Herbert

Die Ratsmitglieder:

Martinetz, Sabine

Simon, Volker während TOP 3 bis einschl. TOP 13

Hauth, Helmuth

Von der Verbandsgemeindeverwaltung:

Bürgermeister Pauly, Matthias Jansen, Klaus Thul, Ursula Germund, Josef

Brück, Harald Schriftführer

C. BERATUNG UND BESCHLUSSFASSUNG**Öffentliche Sitzung****1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung**

Herr Stief überreicht nachstehendes Schreiben mit dem Antrag zur Änderung/Ergänzung der

Niederschrift der Sitzung vom 13.04.2005:

Antrag zur Ergänzung der Niederschrift vom 13.04.05

Zu TOP 1. Öffentliche Sitzung des Bauausschusses am 18.05.2005

In der NIEDERSCHRIFT über die Sitzung des Bauausschusses des Stadtrates am 13.04.2005 ist

am Ende der öffentlichen Sitzung unter dem TOP 7. Verschiedenes / Informationen Folgendes aufgeführt:

Im Verlauf der Diskussion zu verschiedenen Sachthemen äußert Herr Stief erhebliche Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit des Handelns der Verwaltung und des Stadtbürgermeisters.

Herr Jansen fordert Herrn Stief auf, seine unwahren Behauptungen zu belegen, anderenfalls sei er nicht mehr bereit, sich dies weiterhin bieten zu lassen.

(Antwort Stief)

Ich bestreite nachdrücklich den Vorwurf „unwahrer Behauptungen“ und fordere Herrn Jansen auf, solche Unterstellungen, die durch nichts belegt sind, zu unterlassen.

Stadtbürgermeister Schwartz fordert Herrn Stief weiter auf, ihn nicht ständig mit E-mail-Anfragen und Anträgen zu beschäftigen. Herr Stief verlangt, dass diese Aussage des Stadtbürgermeisters zu Protokoll genommen wird.

*Die Aussage, die ich beantragt habe zu Protokoll zu nehmen, war eine andere:**Richtig ist, dass Stadtbürgermeister Schwartz mich aufgefordert hat, Zitat. "...**ihn nicht ständig mit E-mail-Anfragen und Anträgen zuzumüllen."***Dem Antrag des Herrn Stief zur Änderung/Ergänzung der Niederschrift vom 13.04.2005 entsprechend den vorgenannten Ausführungen wird mit 9-Ja-Stimmen bei 1-Nein-Stimme zugestimmt.**

Wählergruppe Möller

Stadtratsfraktion
985320

985321

9338073

moeller.de

moeller.de

54568 Gerolstein

Albertinumweg 2

Fon: 06591

Fax: 06591

mobilFon: 0171

eMail: fraktion@wg-

Net: www.wg-

Tischvorlage der WG Möller zur Sitzung des Bauausschusses am 17.08.05 **Tagesordnungspunkt 4 Anträge der Fraktion WG Möller**

TOP 4.3

Status und Fortführung laufender Projekte

Raumplanung Bahnhofs- und Hauptstraße

http://www.wg-moeller.de/html/vorentwurfsplan_fussgangerzon.html

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Bauausschusses des Stadtrates am 17.07.2003

TOP 2.

Vorstellung Büro BSV, Büro für Verkehrs- und Stadtplanung, Aachen als Planungsbüro für ein verkehrliches Rahmenkonzept und eine Studie zur Straßenumbauplanung für die Bahnhofs- und Hauptstraße

In der Sitzung des BA vom 23.06.2003 wurde das für Gerolstein mögliche Arbeitsfeld erörtert und beschlossen, das Büro BSV zur Vorstellung einzuladen. Herr Springsfeld vom Büro BSV schildert dazu in einer äußerst umfangreichen Darstellung, wie das Unternehmen aufgebaut ist.

Zusätzlich erläutert er in einer Computersimulation, welche Projekte vom Büro BSV bereits geplant und geleitet wurden.

Stadtbürgermeister Linnerth dankt Herrn Springsfeld für seine Ausführungen und teilt mit, dass über die Auftragsvergabe im nichtöffentlichen Teil debattiert wird. Herr FBL Jansen wird sich danach mit dem Büro BSV in Verbindung setzen.

Im nicht öffentlichen Teil der Sitzung wurde beschlossen, das Büro BSV mit der Erstellung eines Rahmenkonzepts und einer Studie zur Straßenumbauplanung für die Bahnhofs- und Hauptstraße zu beauftragen.

NIEDERSCHRIFT 27.08.2003

Öffentliche Sitzung

TOP 5. Zusammenarbeit mit dem Planungsbüro BSV

-Auftragsvergabe

Stadtbürgermeister Linnerth erläutert den bisherigen Sachstand und schlägt vor, das Büro nochmals einzuladen, um die Zielvorstellungen der Stadt zu erläutern. Das Büro soll sodann anhand der Zielvorstellungen die Kosten für Beratung und Sitzungsteilnahme mitteilen.

Nach Auffassung der CDU-Fraktion sollte bereits im Vorfeld geklärt werden, in welcher Höhe Mittel durch die Stadt bereitgestellt werden und was das Büro im Gegenzug für diesen Betrag leistet. U.U. sollte die Stadt Ideen vorlegen, die durch das Büro geprüft werden. Es wird ein Betrag von 10.000,00 € vorgeschlagen.

Bürgermeister Pauly bittet die Grundsatzentscheidung auf der Basis der Moderation durch die politischen Gremien noch in diesem Jahr herbeizuführen.

Die Beschlussfassung erfolgt einstimmig ergänzend und konkretisierend zur letzten Sitzung.

NIEDERSCHRIFT 18.12.2003

TOP 6. Arbeitsgruppe Verkehrskonzept

Zur Projektbegleitung soll eine Arbeitsgruppe gebildet werden aus Vertretern des Rates (Bauausschuss), der Verwaltung, des Einzelhandels und des Tourismus. Das erste Treffen ist für den 19.01.2004, 16.00 Uhr geplant. In die Arbeitsgruppe werden berufen:

- als Vertreter der Stadt: der Stadtbürgermeister und 3 Mitglieder des Bauausschusses.
- von der Verwaltung je ein Vertreter der Fachbereiche 2 und 3 sowie der TW.

Fachbereich 2 ist federführend. - 3 Vertreter der Bereiche Handel, Gewerbe, Tourismus-Städteplaner.

Aus dem Bauausschuss werden die Mitglieder Socha, Schwartz und Lames benannt. Die Mitgliedschaft in der Arbeitsgruppe ist an die Mitgliedschaft im Bauausschuss gebunden.

Nach der Kommunalwahl 2004 erfolgt eine neue Benennung. Die Vertreter aus Handel, Gewerbe und Tourismus werden noch von der TW benannt bzw. gemeldet.

Beschlussfassung: einstimmig

Vor diesem Hintergrund

wurde ohne jede öffentliche Diskussion im nicht öffentlichen Teil der Bauausschusssitzung vom 23.02.2005 der Planungsauftrag für ein „verkehrsstädtbauliches Rahmenkonzept des Sanierungsgebietes und Vorentwurfsplanung für die Straßenraumgestaltung der Fußgängerzone“ an das Planungsbüro BSV vergeben. Kosten: **29.580.00 €**

Die WG Möller stellt dazu fest

- Über die Beschlussgrundlage/Beschlussfolge wurde am 23.02.05 nicht informiert. Weitere Nachfragen wurden abgeblockt durch den Geschäftsordnungsantrag des Beigeordneten LUX (!) auf Ende der Diskussion. Bei Kenntnis der Beschlussfolge (die dem Herrn Stadtbürgermeister/der Verwaltung/CDU und SPD natürlich bekannt war) wäre nach Überzeugung der WG Möller der Auftrag nicht vergeben worden.
- Für Nachfragen stand kein Vertreter des Planungsbüros zur Verfügung.
- Die textliche Beschreibung des Angebots erhielten die Mitglieder des Ausschusses erst 5 Tage vorher.
- Der TOP hätte grundsätzlich öffentlich behandelt werden müssen.
- Die Maßnahme war nicht im Haushaltsplan aufgeführt.
- Durch diese Vorgehensweise von Stadtbürgermeister und Verwaltung sieht sich die WG Möller massiv und rechtswidrig in der Ausübung ihrer kommunalpolitischen Arbeit behindert.

Die WG Möller fordert den Stadtbürgermeister und die Mehrheitsfraktionen dazu auf,

- 7. zu erklären, wieso die Beschlüsse des Bauausschuss vom 17.07.03, vom 27.08.03 und vom 18.12.03 nicht umgesetzt wurden.**
- 8. zu erklären, wieso dem in Teilen neu zusammen gesetzten Bauausschuss am 23.02.05 der grundlegende Sachverhalt und die Beschlussfolge vorenthalten wurden.**
- 9. umgehend die Umsetzung des Beschlusses vom 18.12.03 zu veranlassen bzw. dessen Aufhebung zu beantragen.**

Beschlussvorlage

2006/0129

öffentlich

Abteilung: Fachbereich 2

Aktenzeichen:

Beschlussfolge Sitzungstermin TOP

Stadtrat 08.06.2006 8

Betreff: Vorstellung Konzept Verkehrsplanung Innenstadt

Sachverhalt:

Am 16.11.2005 hat die Arbeitsgruppe des Bauausschusses die Thematik zusammen mit Herrn Uhlig vom Büro BSV, Aachen, erörtert. Die Ergebnisse der Untersuchungen und Gespräche wurden vom Büro BSV in einer Studie zusammengefasst und dem Bauausschuss in der Sitzung am 07.02.2006 durch Herrn Uhlig erläutert. Ebenso wurden die Gestaltungsvorschläge für den Kreuzungsbereich Bahnhofstraße – Raderstraße, Bereich Rondell, Dreestrepptchen, Altstadtparkplatz und Naturkundemuseum in dieser Sitzung vorgestellt.

Die Studie und die vorgenannten Gestaltungsvorschläge sind als Anlage beigefügt und werden in der Sitzung des Stadtrates durch Herrn Uhlig vorgestellt.

Es wird folgender Zeitplan zur Realisierung der Maßnahmen angestrebt:

2007 Gestaltung des Eingangsbereiches Fußgängerzone und Sanierung der Straße bis Rondellplatz

2008 Gestaltung des Rondellplatzes und Ausbau der Hauptstraße bis Einmündung Mühlenstraße

2009 Gestaltung Altstadtparkplatz, Vorplatz Naturkundemuseum und Ausbau Mühlenstraße

Der Bauausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Zustimmung zu den vorgeschlagenen Maßnahmen sowie dem Zeitplan für die Realisierung.

In der Sitzung des Bauausschusses am 07.02.2006 wurde die Verwaltung gebeten zu prüfen, ob die Verkehrsuntersuchung im Auftrag des BSV Aachen enthalten ist. Die Verkehrsuntersuchung wurde bisher nicht beauftragt.

Finanzierung:

Die konkreten Kosten können erst nach Durchführung der Detailplanung ermittelt werden. Die Maßnahme soll möglichst in drei Abschnitten in die Kosten- und Finanzierungsübersicht der Stadtsanierung aufgenommen werden. Die Konkretisierung der einzelnen Maßnahmen erfolgt im jährlichen Investitionsplan und der Haushaltsplanung.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat stimmt der vorgeschlagenen Maßnahme sowie dem Zeitplan für die Realisierung zu. Die Verwaltung wird beauftragt zusammen mit den zuständigen Stellen (LSV, Kreisverwaltung, ADD) die Zuschussmöglichkeiten zu prüfen.

Harald Brück



Kreisverwaltung Daun Postfach 12 20 54543 Daun

Wählergruppe Möller
Fraktion im Stadtrat Gerolstein
z.Hd. Herrn
Hans-Joachim Stief
Albertinumweg 2

54568 Gerolstein

30.10.2006

Abteilung
**Kommunales
und Recht**
Unser Zeichen
**10.-029/Stadt
Gerolstein**
Auskunft erteilt
Albert Diewald
Zimmer
21
Telefon
06592/933-231
E-Mail
albert.diewald
@vulkaneifel.de

Sachliche Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Herrn Stadtbürgermeister Karl-Heinz Schwarte und Herrn Bürgermeister Matthias Pauly

Ihr Schreiben vom 10.07.2006 sowie unsere Zwischennachricht vom 18.07.2006 - gl. Az. -

Sehr geehrter Herr Stief,

im Zusammenhang mit der Bearbeitung Ihrer sachlichen Dienstaufsichtsbeschwerde vom 10.07.06 hatten wir die Verbandsgemeindeverwaltung Gerolstein aufgefordert, eine im August 2006 abgegebene Stellungnahme in verschiedenen Punkten noch zu präzisieren. Diese ergänzende Stellungnahme liegt uns nunmehr vor, sodass wir erst zum jetzigen Zeitpunkt eine abschließende Überprüfung Ihrer Dienstaufsichtsbeschwerde vornehmen können. Wir bitten Sie daher, die relativ späte Beantwortung Ihrer Dienstaufsichtsbeschwerde zu entschuldigen.

Zu Punkt 1)

Die Verbandsgemeindeverwaltung Gerolstein hat in ihrer Stellungnahme bestätigt, dass der Bauausschuss der Stadt Gerolstein in seiner Sitzung am 17.07.2003 bereits die Vergabe in Bezug auf die Erstellung eines verkehrlichen Rahmenkonzeptes und für eine Studie zur Straßenumbauplanung für die Bahnhofs- und Hauptstraße an das Büro für Verkehrs- und Stadtplanung Aachen (BSV) vergeben hatte. Diese Auftragsvergabe sei seinerzeit inhaltlich zu einem umfassenderen und somit auch im Vergleich zu der Beschlussfassung am 23.02.05 höheren Angebot erfolgt.

In der Stellungnahme wird bestätigt, dass ein ausdrücklicher Hinweis auf einen bereits bestehenden Beschluss in dieser Angelegenheit in der Sitzung am 23.02.05 offensichtlich nicht gegeben worden ist.

Eine Beschlussfassung setzt grundsätzlich voraus, dass eine vorherige umfassende Information des Rates bzw. Ausschusses über den zu behandelnden Tagesordnungspunkt bzw. Sachverhalt erfolgt. Nur hierdurch bedingt kann ein ordnungsgemäßer bzw. zielorientierter Beschluss durch ein politisches Gremium herbeigeführt werden. In der in Rede stehenden Angelegenheit hätte somit im Interesse einer umfassenden Information der Ausschussmitglieder auf eine bereits bestehende Beschlussfassung hingewiesen werden müssen.

Hinweise, die darauf hindeuten, dass die tatsächliche Beschlusslage bewusst verschwiegen worden ist, um einen erneuten Beschluss zu erreichen bzw. zu erschleichen, sind aus dem vorliegenden Sachverhalt jedoch nicht ersichtlich. Aus diesem Grunde scheidet diesbezgl. kommunalaufsichtliche Maßnahmen aus.

Zu Punkt 2)

Wie bereits erwähnt, ist ein in der Sitzung am 17.07.03 gefasster Beschluss nicht zur Ausführung gelangt. Da auch eine Aufhebung desselben erkennbar nicht erfolgte, hätte gemäß § 47 Abs. 1 Nr. 2 GemO eine Ausführung dieses Beschlusses durch den jeweils amtierenden Stadtbürgermeister erfolgen müssen. Der Beschluss vom 23.02.05 ist jedoch weitestgehend deckungsgleich mit dem in der Sitzung am 17.03.03 gefassten Beschluss und tritt somit an dessen Stelle.

Die Abrechnung erfolgte auf der Basis des Angebotes vom 10.02.05 und des Beschlusses des Bauausschusses vom 23.02.05 sowie des Architektenvertrages vom 07.06.05. Die Leistungen wurden und werden entsprechend der erbrachten Leistungsphasen abgerechnet.

Zu Punkt 3)

Die Verbandsgemeindeverwaltung Gerolstein hat darauf hingewiesen, dass der Beschluss des Bauausschusses vom 17.07.03 letztlich auf Grund seines Beschlusses vom 27.08.03 nicht zur Ausführung gelangt ist. Anhaltspunkte dafür, dass ursächlich für die Nichtumsetzung des Beschlusses vom 17.07.03 ein schriftliches Ersuchen der CDU-Fraktion an den damaligen Stadtbürgermeister gewesen ist, lassen die uns vorgelegten Unterlagen nicht erkennen. Eine solche Begründung für die Nichtausführung eines Beschlusses wäre selbstverständlich mit den Bestimmungen der Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz nicht vereinbar.

Zu Punkt 4)

Nach der Stellungnahme der Verbandsgemeindeverwaltung Gerolstein hat eine Moderation, wie in der Sitzung am 27.08.03 vorgeschlagen, nicht stattgefunden. Weitere Ausführungen in Bezug auf die Verwendung eines Betrages von 10.000 € erübrigen sich somit.

Die in Ihrer Eingabe vom 10.07.2006 behauptete Einflussnahme des seinerzeitigen Stadtbürgermeisterkandidaten der CDU, Herrn K.H. Schwartz, und des Bürgermeisters, Herrn M. Pauly, im parteilichen Interesse sind Bewertungen, welche sich einer kommunalaufsichtlichen Überprüfung entziehen müssen.

Zu Punkten 5)

Die Legitimation des Bauausschusses für die Vergabe des in Rede stehenden Auftrages an das Büro BSV, Aachen, ergibt sich aus der Hauptsatzung sowie der Geschäftsordnung des Stadtrates Gerolstein. Diese Auftragsvergabe erfolgte in nichtöffentlicher Sitzung, wobei Gründe für die Nichtöffentlichkeit aus der Sitzungsniederschrift nicht ersichtlich sind. Nach § 35 GemO hätte eine Auftragsvergabe jedoch in öffentlicher Sitzung erfolgen müssen, da Gründe für eine Behandlung in nichtöffentlicher Sitzung offensichtlich nicht vorgelegen haben.

Ein Beschluss, der unter Verstoß gegen den Grundsatz der Sitzungsöffentlichkeit zustande gekommen ist, ist nach herrschender Meinung unwirksam. Im vorliegenden Falle sind durch den abgeschlossenen Architektenvertrag jedoch bereits Rechte Dritter entstanden, sodass die an das Büro BSV erteilte Beauftragung wirksam bleibt.

Weitere kommunalaufsichtliche Maßnahmen halten wir in der betr. Angelegenheit nicht für erforderlich.

Mehrausfertigung dieses Schreibens hat die Verbandsgemeindeverwaltung Gerolstein erhalten mit der Bitte, Herrn Bürgermeister Pauly und Herrn Stadtbürgermeister Schwartz über den Inhalt entsprechend zu unterrichten.

Mit freundlichen Grüßen

(Heinz Onnertz)
Landrat

http://www.geralschmitz.de/cdugerolstein/artikel_23_04_04.php

Windows

www.CDU-GerolsteinerLand.de

+++ CDU des Gerolsteiner Landes unterstützt Christoph Böhr +++

Fragebogenaktion zur Fußgängerzone

Gerolsteiner CDU startet Fragebogenaktion zur Fußgängerzone
Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungen beteiligen

Die CDU in Gerolstein will mit einer Fragebogenaktion gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Vorschläge erarbeiten, die eine Verbesserung der Situation der Fußgängerzone bewirken. Nach dem Motto "Die Fußgängerzone geht uns alle an" sollen Wünsche, Ideen und Meinungen aller Gerolsteiner in die Überlegungen zur Neugestaltung der Fußgängerzone einbezogen werden. Bereits im vergangenen Jahr hat die CDU-Fraktion die Verwaltung gebeten, die Möglichkeiten einer Teilöffnung im oberen Bereich (Hauptstraße) zu erörtern. In einer Bürgeranhörung wurde darüber diskutiert. Letztlich führte die berechtigte Sorge der Anwohner der Oberen Marktstraße dazu, dieses Konzept zu verwerfen, weil die Ausfahrt durch diese Straße durch die erhöhte Verkehrsbelastung den Anliegern nicht zugemutet werden kann.

Als Ergebnis sollte ein externes Gutachten neue Ideen bringen. Nach Ermittlung der Kosten für ein Gutachten (ca. 44.000 Euro) war es für die CDU- Fraktion unverantwortlich, eine solch hohe Summe für zusammengetragene Vorschläge auszugeben , die eine politische Entscheidung zudem nicht ersetzen würden. Die CDU hat sich dafür entschieden, dieses Geld einzusparen und selbst unter Beteiligung der Anlieger und Bürgerinnen und Bürger Vorschläge zu entwickeln.

